LZ-Rheinland

Artikel vom 14.06.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 01:46 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/null-prozent-auf-radieschen-und-co

Null Prozent auf Radieschen und Co.



Foto: imago/Chromorange

Auf eine stärker an ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtete Mehrwertsteuer drängt das Umweltbundesamt (UBA). Gemäß dem von ihm in der Vorwoche vorgeschlagenen „Entlastungspaket Klima und Umwelt“ sollten unter anderem pflanzliche Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse und pflanzliche Öle ganz von der Mehrwertsteuer befreit werden. Dies würde die privaten Haushalte um insgesamt rund 4 Mrd. € jährlich entlasten. Diese Maßnahme sollte laut UBA so schnell wie möglich umgesetzt werden, „denn eine gesunde und gleichzeitig klimafreundliche Ernährung sollte sich in Deutschland jede und jeder leisten können“. UBA-Präsident Dirk Messner beklagte, dass die Mehrwertsteuer in Deutschland durch einen Wildwuchs an Einzelregelungen gekennzeichnet sei. Ökologische Belange würden nicht berücksichtigt, soziale Belange nur zum Teil. Einige Regelungen förderten sogar umweltschädliche Konsumweisen. Zum Beispiel sei die ermäßigte Mehrwertsteuer auf tierische Produkte eine umweltschädliche Subvention, so der UBA-Präsident. Laut UBA-Vorschlag könnte daher im Gegenzug für Vergünstigungen zu einem späteren Zeitpunkt unter anderem die Mehrwertsteuer für Fleisch und andere tierische Produkte von 7 % auf den regulären Satz von 19 % erhöht werden.

Das Umweltbundesamt schlägt in seinem Entlastungspaket außerdem steuerliche Vergünstigungen für Klimaschutzmaßnahmen vor. So sei es seit April 2022 EU-rechtlich

zulässig, die Lieferung und Installation von Solar-anlagen ganz von der Mehrwertsteuer zu befreien. Zudem könnten Heizungsmodernisierungen und sonstige energetische Sanierungen ermäßigt besteuert werden. Ob sich die Ampelkoalition auf eine Mehrwertsteuerreform verständigen könnte, ist offen. Die FDP lehnt bekanntlich jegliche Steuererhöhungen ab, so auch den Wegfall der Ermäßigung auf Fleisch. Bislang sind Reformpläne immer wieder gescheitert.